

Gastkommentar

Fragwürdige Kita-Subventionen

Die demografische Entwicklung und der damit verbundene akute Arbeitskräftemangel befeuern die Diskussion um die Erwerbsbeteiligung von Männern und insbesondere von Frauen. Es stellt sich die Frage, welche politischen Massnahmen am geeignetsten sind, um die Erwerbstätigkeit von Müttern zu steigern. Denn obwohl die Aufteilung in den letzten 10 Jahren etwas gleichberechtigter geworden ist, bleibt das traditionelle Modell das am meisten gewählte: Die Väter arbeiten mehrheitlich Vollzeit (80 Prozent), während die Mütter Teilzeit oder gar nicht erwerbstätig sind (ebenfalls 80 Prozent).

Die Stiftung Zukunft.li hat zur Frauenerwerbstätigkeit in Liechtenstein im Frühjahr 2021 ein Impulspapier veröffentlicht. Besondere Merkmale sind die geringe Erwerbstätigkeit der Frauen (rund 70 Prozent) und die nur marginalen Veränderungen in den letzten Jahren. Wenn Frauen nach der Geburt des ersten Kindes wieder ins Erwerbsleben einsteigen, dann arbeiten sie vorwiegend bis zur Pensionierung in einem reduzierten Pensum.

Wie könnte die Erwerbsbeteiligung von Frauen und im Speziellen von Müttern erhöht werden? In der Schweiz entscheidet am 1. März der Nationalrat über ein massives Subventionspaket, um die Kitatarife bis zu 20 Prozent zu senken. Eine aktuelle Analyse von Josef Zweifel von der Universität Zürich hat selbst den Autor überrascht und frustriert. Denn die Hoffnung, dass man mit staatlich unterstützten tieferen Tarifen für Kitas die Beschäftigung der Frauen anheben könnte, hat sich nicht bestätigt. Der Effekt liegt fast bei null. Diese Erkenntnis wird durch einen Blick auf Österreich untermauert. Obwohl in unserem Nachbarland die staatlichen Finanzspritzen deutlich grosszügiger ausfallen, haben die Mütter ihre Erwerbstätigkeit kaum ausgeweitet. Und in Liechtenstein sind die finanziellen Rahmenbedingungen sowohl für Fremdbetreuungskosten als auch für die Steuerbelastung aufgrund eines Zweiteinkommens sehr attraktiv und trotzdem liegt die Frauenerwerbsquote im europäischen Vergleich im hinteren Mittelfeld.

Kita-Subventionen machen dann Sinn, wenn das Zusatzeinkommen von den Betreuungskosten und höheren Steuern weggefressen wird. Höhere staatliche Unterstützungen nach dem Giesskannenprinzip bewegen die Mütter aber offenbar nicht zu einer Aufnahme der Erwerbsarbeit oder zu einer nennenswerten Erhöhung ihrer Pensen. Das Problem, wenn man es als solches bezeichnen will, liegt offensichtlich tiefer oder an anderen Orten begraben. Gemäss dem Autor der aktuellen Studie dominiert nach wie vor eine traditionelle, konservative Denkweise bezüglich der Rollenverteilung.

Nichtsdestotrotz: Es gibt viele gute Gründe, um das wirtschaftspolitische Ziel «Erhöhung der Erwerbsbeteiligung der Frauen» zu verfolgen. Dabei bleibt unklar, welcher Mix von familienpolitischen Massnahmen dafür geeignet ist. Einmal mehr erweisen sich aber staatliche Finanzspritzen nicht als das Gelbe vom Ei.



Peter Eisenhut
Ökonom und
Präsident Stiftung
Zukunft.li